

16. Dezember 1989, von Michael Schöfer

Denk' ich an Deutschland in der Nacht...

(Heinrich Heine)

Deutschland im Jahr 2000: Deutschland ist neuvereinigt, und zwar in den Grenzen von 1957 (!), also den ehemaligen Staatsgebieten der BRD und der DDR. Ein Staat, mitten in Europa, der alle Nachbarn förmlich mit seiner geballten Wirtschaftskraft erdrückt. Nichts geht mehr ohne oder gegen die Deutschen. In der Hauptstadt Berlin regiert ein konservativnationales Kabinett unter Bundeskanzler Edmund Stoiber, die Vertriebenenverbände fordern von Polen vehement die Rückgabe Pommerns, Schlesiens und Ostpreußens, andernfalls drohen sie mit totalem Wirtschaftsboykott. Innenminister Franz Schönhuber unterstützt das in der Öffentlichkeit demonstrativ mit dem Absingen des Deutschlandliedes (1. Strophe). Die Grünen unterliegen einem verschärften Radikalenerlaß, und im Schwarzwald sind Wüstensafaris möglich.

Deutschland - ein Wintermärchen? Eher eine Horrorvision! Zwar ist alles denkbar, aber in der Realität wird es sich weniger kraß ausfallen. Dennoch, ein deutscher Koloß ist nicht unproblematisch, denn es ist höchst unsicher, ob die Deutschen wirklich aus der Geschichte gelernt haben. Leider gleitet man in Deutschland sehr schnell ab in Chauvinismus, so jedenfalls die Erfahrungen der Vergangenheit. Und je geringer die Macht Deutschlands ist, desto geringer ist die Gefahr für andere.

Es wäre sicherlich besser, wenn Deutschland auch in Zukunft zweigeteilt bliebe, einer engen Verbindung steht das ja nicht im Wege. Wünschenswert wäre eine DDR, die das bundesdeutsche Gesellschaftsmodell nicht einfach kopieren würde. Denn ob es langfristig nutzt, wenn dort der Kapitalismus Einzug hält, ist fraglich. Der Kapitalismus ist ein Gesellschaftsmodell, das auf individuellem Egoismus beruht und die menschlichen, kulturellen sowie natürlichen Ressourcen verschwendet. Da aber beide Systeme mehr oder minder auf der Ausbeutung der Natur und des Menschen beruhen, ist der eigentliche Antagonismus nicht der zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus, sondern der zwischen einer umweltfeindlichen und einer umweltfreundlichen Gesellschaftsstruktur. Und die soziale Frage, insbesondere im Hinblick auf die Dritte Welt, ist untrennbar mit der ökologischen Problemstellung verbunden. Die Welt braucht eine Alternative zu beiden Systemen, und diese muß zugleich demokratisch-sozialistisch und ökologisch sein. Ein ökologisch-demokratischer Sozialismus wäre demnach nicht nur für die DDR eine Chance.

Doch wir dürfen nicht zuviel erwarten. Der Sozialismus ist im gesamten Osteuropa desavouiert, denn der real existierende Sozialismus war ein System, "in dem ein ganzes Volk von einer kleinen politischen Clique mittels eines allmächtigen Geheimdienstes und eines nahezu lückenlosen Netzes von Überwachung und Denunziation, Bespitzelung und Repression in Schach gehalten und ausgebeutet wurde". (DDR-Schriftsteller Christoph Hein) Da nutzt es wenig darauf zu verweisen, daß das in Osteuropa im Grunde genommen kein Sozialismus war, denn Sozialismus beinhaltet zwingend die Garantie der individuellen Freiheit. Es ist nur allzu verständlich, wenn die Menschen dort von allem was da sozialistisch herkommt, die Nase erst einmal gestrichen voll haben. Und wäre es nicht ungerecht und anmaßend, von den Menschen in der DDR gerade das einzufordern, wozu wir hier in der BRD (angesichts der realen Machtverhältnisse) nicht imstande sind? Man wird dort wenig Bereitschaft finden, ein in seinem Ausgang ebenso unsicheres wie unerprobtes ökologisch-sozialistisches Gesellschaftsmodell auszuprobieren. Kann man es ihnen verdenken? Schließlich haben sie lange genug sozialistische Experimente "genießen" dürfen. Zudem ist selbst hier im Westen nur in Ansätzen erkennbar, wie ein ökologisch-sozialistisches Gesellschaftsmodell auszusehen hat.

Trotz unserer Wünsche kommt es letztlich nicht darauf an, was wir, sondern die Menschen dort wollen. Das Selbstbestimmungsrecht steht für mich außer Frage, auch wenn man sich in der DDR für den Kapitalismus und die deutsche Einheit entscheidet. Entsprechende Abstimmungsergebnisse sind zu respektieren. Mitzureden haben wir allenfalls in bezug auf die deutsche Einheit, da wir davon gleichermaßen betroffen wären. Das, was man in Osteuropa jetzt braucht, sind keine, ob von rechts oder von links, "gutgemeinten" Ratschläge, sondern konkrete wirtschaftliche Hilfe. Es wäre fatal, würde die neugewonnene Freiheit im wirtschaftlichen Chaos zugrunde gehen.

Ein deutscher Einheitsstaat müßte m.E. nicht zwangsläufig destabilisierend wirken. Es kommt nämlich weniger darauf an, wie groß ein Land ist, wieviel Einwohner es hat oder wie hoch das Sozialprodukt ist, sondern vielmehr auf die Politik, die mit alledem betrieben wird. Ein ökosozialer deutscher Einheitsstaat, eingebunden in eine europäische Friedensordnung und weitgehend entmilitarisiert, wäre nicht die denkbar schlechteste Lösung. Es ist kontraproduktiv, den Deutschen die staatliche Einheit zwangsweise vorzuenthalten, sofern sie diese wünschen. Denn dann könnten nationalistische Strömungen erst recht die Oberhand gewinnen. Auch wenn ich gegen die staatliche Einheit starke Vorbehalte hege, ein vereintes, aber friedliches Deutschland ist einem zweigeteilten, aber nationalistischen bei weitem vorzuziehen.